

Preissenkungen zu Ende gedacht



*Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil*

Preissenkungen auf breiter Front fordern linke und bürgerliche Kreise. Die Schweiz müsse als Hochpreisland die Preise senken, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Die schwersten Attacken werden dabei gegen die Landwirtschaft geritten. Die Nahrungsmittel machen heute noch 11,4% des Warenkorb aus, der dem Konsumentenpreisindex zugrunde liegt. Diese Gewichtung wurde letztmals im Dezember 2004 angepasst, womit sie den heute aktuellen Konsum der Bevölkerung reflektiert. Sie basiert auf den Konsumausgaben von rund 3500 aus dem Telefonverzeichnis zufällig ausgewählten Haushalten, ergänzt um Branchen- und Marktforschungsdaten. Wenn die Preise der Landwirtschaftsprodukte um rund 30% gesenkt werden, dann ergeben sich einige Konsequenzen, die gerade jene Kreise treffen werden, die diese Preisnachlässe fordern. Bei einer Gewichtung von 11,4% der Nahrungsmittel würde ein Preisfall von 30% eine Deflation (negative Teuerung) von 3,4% verursachen. Wenn man den Warenkorb auf weitere Konsumgüter wie Bekleidung und Schuhe, Hausrat, Fahrzeuge, Konsumelektronik, Sportartikel, Medikamente, Körperpflegemittel etc. ausdehnt,

dann erhöht sich die massgebliche Gewichtung auf fast 43%. Wenn auf den Nicht-Nahrungsmitteln eine Preissenkung um 15% erfolgt, dann addiert sich die Deflation auf rund 8%.

Kettenreaktion durch Preissenkungen

Da in der Schweizer Wirtschaft und Politik sehr viele Verknüpfungen mit dem Index der Konsumentenpreise bestehen, könnten derart grosse Preissenkungen eine Kettenreaktion auslösen. Indexierungen findet man vor allem bei den Löhnen, die in vielen Branchen von einem jährlichen Teuerungsausgleich profitieren.

Wenn zum Beispiel die Löhne des Bundespersonals um 8% gesenkt würden, dann bedeutete dies für den Bundeshaushalt eine Entlastung um rund 300 Millionen Franken. Die Anpassung der AHV-Renten basiert auf dem Mischindex, d.h. auf dem Index, dem die Löhne und die Konsumentenpreise zu je 50% zugrunde liegen. Eine Senkung der AHV-Renten um 8% ergäbe beim heutigen Rentenvolumen von 29,5 Milliarden Franken eine Entlastung um 2,4 Milliarden.

Entlastungen sind für den Bund denn auch dringend notwendig, denn bei Preissenkungen im geschilderten Ausmass würden auch die Mehrwertsteuereinnahmen um rund 1,4 Milliarden Franken reduziert.

Tiefere Löhne, weniger Steuereinnahmen

Sinkende Löhne bedeuten sinkende Steuererträge. Die Preissenkungen würden die Unternehmensgewinne schmälern, und damit dürften auch die Steuererträge aus dieser Quelle versiegen. Das nominelle Bruttoinlandprodukt (BIP) würde logischerweise ebenfalls schrumpfen, was die Beiträge der Schweiz an die internationalen Organisationen, wie die UNO etc., aber auch für die Entwicklungshilfe, reduzieren würde, da diese Beiträge oder Zielsetzungen an das nominelle BIP gekoppelt sind.

Eine Deflation würde zwar die Zinsen tiefhalten, aber die dadurch verur-

sachten Ertragsausfälle für die Pensionskassen und Versicherungen würden allenfalls zu Prämien erhöhungen zwingen. Nicht alle Preise würden fallen, insbesondere dürften die staatlich regulierten Preise, wie die Krankenkassenprämien etc., aber auch die Mieten, kaum sinken. Die Mieter zählten somit zu den Verlierern. Aber auch die Privatwirtschaft würde im Vergleich zum Staat den kürzeren ziehen, denn die nicht dem Wettbewerb ausgesetzten staatlichen Gebühren und Abgaben würden kaum reduziert werden.

Verheerendes Deflationsbeispiel Japan

Wie verheerend sich eine Deflation auswirken kann, zeigt Japan, das 2004 das siebte Jahr mit rückläufigen Preisen erlebte (1997 bis 2004: Produzentenpreise -12,5%, Konsumentenpreise -2,9%). Die Löhne sanken in der gleichen Zeit um 9,7%, die Arbeitslosigkeit nahm von 3,5% bis Ende 2004 auf 4,4% zu, und insgesamt gingen 2,5 Millionen Arbeitsplätze verloren. Trotz extrem tiefen Zinsen und jährlichen Staatsdefiziten von 6 bis 8% des BIP stellte sich das reale Wirtschaftswachstum 1998 bis 2004 auf nur 5,1% bzw. 0,7% pro Jahr.

Der zunehmende Wettbewerb infolge des Vordringens der deutschen Billiganbieter Aldi und Lidl, des Zollabbaus im Landwirtschaftsbereich oder dank der durch das revidierte Kartellgesetz gestärkten Wettbewerbsaufsicht etc. wird Preissenkungen auch in der Schweiz erzwingen, aber nicht alle, die heute davon zu profitieren hoffen, werden dannzumal auch tatsächlich die Gewinner sein. ■

Der zunehmende Wettbewerb wird Preissenkungen erzwingen, aber nicht alle, die heute davon zu profitieren hoffen, werden auch zu den Gewinnern zählen.